

bedenklich herab. Nicht viel anders steht es mit der Viehwirtschaft, die gleichfalls unter der starken Einfuhr leidet, trotzdem die deutsche Landwirtschaft der Fleischversorgung bis auf 5% gewachsen ist. So entstand allmählich eine Notlage der Landwirtschaft.

Wirtschaft m. Handel.

4. Die wirtschaftspolitischen Aufgaben des Reiches und die Parteien.

Je schärfer die Gegensätze zwischen den großen Interessengruppen wurden, um so mehr wurde es Pflicht des Staates, durch seine Gesetzgebung zu ihrem Ausgleich, d. h. zu gerechter Verteilung von Vorteil und Nachteil beizutragen. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte die im Aufblühen begriffene Industrie einen mäßigen Schutzoll nötig gehabt, um von dem Wettbewerb des Auslands, namentlich Englands, nicht erdrückt zu werden, während die Landwirtschaft mehr freihändlerisch gesinnt war, weil die Getreideeinfuhr noch unbedeutend war und ihr an billiger Einfuhr des Eisens und der meist aus Amerika kommenden Betriebsmittel lag. Das Verhältnis kehrte sich um, als die Industrie infolge ihrer glänzenden Leistungsfähigkeit den Wettbewerb des Auslands nicht mehr fürchtete und deshalb den englischen Freihandelsstandpunkt zu vertreten anging (Manchesterium), was zur Aufhebung der Schutzölle im Anfange der sechziger Jahre führte. Inzwischen war aber die Getreideeinfuhr so gestiegen, daß die Landwirtschaft des Schutzes bedurfte. Bismarck verknüpfte jetzt das Interesse des Reiches, das bei der beginnenden Verschuldung früherer und sicherer Einnahmen bedurfte¹⁾, mit dem der Landwirtschaft und ging 1879 zur Schutzollpolitik über, die mit einer kurzen Unterbrechung unter seinem Nachfolger Caprivi bis auf den heutigen Tag besteht. Da er die bis dahin stärkste Partei, die Nationalliberalen, nicht für diese Politik gewinnen konnte, schuf er sich eine Mehrheit durch die Konservativen, die von da an eine ausgesprochene agrarische Partei wurden, und das Zentrum, das er, freilich nur durch starke Aufgabe staatlicher Hoheitsrechte, zur positiven Mitarbeit gewann.

Gegensatz zwischen Landwirtschaft und Industrie.

Manchesterium und Schutzollität.

Da jetzt die politischen Parteien immer mehr zu Vertretern bestimmter Interessengruppen wurden, hing die gesetzgeberische Tätigkeit der Reichsregierung oft mehr als gut von ihrem Verhältnis zu den Parteien ab („Kompromisse“); trotzdem wurde der Ausbau des jungen Reiches durch zahlreiche auf Einheit und Wohlfahrt abzielende Gesetze und Einrichtungen gefördert, wobei die Bedürfnisse der beiden sich entgegenstehenden Haupterwerbszweige, des industriellen-kaufmännischen und des landwirtschaftlichen, in gleicher Weise berücksichtigt wurden. Die deutsche Einheit hat einen überaus wichtigen Fortschritt durch das seit 1900 eingeführte Bürgerliche Gesetzbuch gemacht, die deutschen Wohlfahrtsbestrebungen haben in der von keinem andern Kulturvolke erreichten sozialen Gesetzgebung ihren besten Ausdruck gefunden.

Regierung und Parteien.

1) Die Frage der Reichsfinanzreform wurde immer dringlicher. Bismarck wollte sie durch eine großzügige indirekte Besteuerung lösen (Wein, Bier, Alkohol, Tabak usw.), erreichte aber unter dauernden Kämpfen mit dem Parlament nur halbe Maßregeln, so daß nach einem günstigen Jahrzehnt (1883—93) die Verschuldung des Reichs infolge der ungeheuren Steigerung der Ausgaben durch die soziale Gesetzgebung und die Heeres- und Flottenvermehrung erschreckend zunahm. Die Schulden betragen jetzt 4 1/2 Milliarden Mark, so daß der Reichstag endlich (1909) die Reichsfinanzreform als seine wichtigste Aufgabe erkannt hat.

Reichsfinanzreform